



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

167. Ratssitzung vom 27. Oktober 2021

4516. 2020/188

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 13.05.2020:
Einsatz von möglichst vielen Geldern für die Entwicklungshilfe im Ausland für das
lokale Gewerbe**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Samuel Balsiger (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2465/2020): James Shikwati ist ein Ökonom aus Ostafrika. Er hat im Jahr 2015 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit einen Preis erhalten und ist ein anerkannter Experte, was die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Afrikas anbelangt. Er ist Afrikaner, auf ihn können Sie hören. Er sagt, wer Afrika helfen will, darf Afrika kein Geld geben, weil es dort Strukturen gibt, die mit dem Geld gestützt werden und schlecht sind, wie zum Beispiel Korruption. Anders ist dies in der Stadt Zürich: Hier haben wir Strukturen, die es wert sind zu schützen. Wenn die staatlichen Leistungen des Bundes irgendwann wegfallen, werden die Ausmasse, die Corona, die Lockdown-Politik und die Massnahmenpolitik des Staates angenommen haben, ihre schädliche Wirkung zeigen und die Arbeitslosigkeit in der Stadt und im ganzen Land in die Höhe treiben. Es ist also kein Widerspruch, dass es einmal Sinn ergibt, wenn der Staat eingreift und einmal keinen Sinn ergibt, wenn der Staat eingreift. In Afrika gibt es keine guten Strukturen, die müssen sich noch entwickeln, dort dürfen sie kein Geld geben. In der Stadt Zürich gibt es gute Strukturen. Es wäre sinnlos diese zusammenbrechen zu lassen und sie über Jahrzehnte wieder aufzubauen. Darum haben wir dieses Postulat eingereicht, damit möglichst viele Gelder nicht in die falsche Richtung fliessen, sprich nicht in korrupte Strukturen nach Afrika, sondern ins Kleingewerbe der Stadt Zürich. Wenn Sie Afrika oder der ganzen Welt helfen wollen, dann müssten Sie dafür besorgt sein, dass die kapitalistische Idee des freien Marktes sich möglichst in der Welt ausbreitet. Keine andere Ideologie hat in den letzten dreissig bis fünfzig Jahren mehr Menschen aus der Armut geholt als der Kapitalismus. Die Wirtschaftspolitik von China, nicht die links-sozialistisch-kommunistische Diktatorenpolitik auf Gesellschaftsebene, sondern die rechte Politik auf Wirtschaftsebene, hat in den letzten dreissig Jahren allein in China 700 Millionen Menschen aus der Armut geholt. Diese Entwicklung kann auch Afrika durchmachen. Diese Entwicklung ist aber nur möglich, wenn sie richtige Strukturen und Ideen verwenden. Nicht die korrupte Idee, sondern den Kapitalismus. Sie wollen den Menschen helfen: Streichen Sie die Entwicklungshilfe und unterstützen Sie das Postulat der SVP, das das Kleingewerbe in der Stadt Zürich vor den Massnahmen des Bundes schützen möchte.*



Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Am 17. November 2019 hat die Städtzürcher Stimmbevölkerung den Gegenvorschlag zur 1%-Initiative mit 69,7 Prozent Ja-Stimmen deutlich angenommen. Diese Vorlage sieht vor, dass die Stadt jährlich mindestens 0,3 und maximal 1 Steuerprozent für die Unterstützung von Entwicklungshilfsorganisationen im Ausland ausgeben soll. Es handelte sich um eine Volksabstimmung. Wenn man der SVP in letzter Zeit zugehört hat, dann war es wohl einfach das falsche Volk, das abgestimmt hat. Ein Steuerprozent berechnet sich aus dem Steuerertrag der natürlichen und juristischen Personen pro Steuerperiode, die durch den Steuerfuss, der in dieser Periode gilt, geteilt wird. Für finanziell schlechte Jahre ist eine Ausnahmeregelung vorgesehen, in der Beiträge tiefer ausfallen oder verfallen. Dass sie aber für andere Zwecke umgewidmet werden, ist nicht vorgesehen. Im Stadtrat sind die internationale Zusammenarbeit und auch die internationale Solidarität wichtige Anliegen. Die Stadt Zürich unterstützt seit Anfang der 70er-Jahre Projekte sowie schweizerische Hilfswerke und NGO im Ausland im Rahmen der humanitären Hilfe. Mit der Überführung der internationalen Zusammenarbeit des Finanzdepartements in den Bereich Aussenbeziehungen des Präsidialdepartements als Folge dieser Volksabstimmung werden diese Unterstützungsleistungen neu gegliedert und nach einem neuen Modell vergeben. Für die internationale Zusammenarbeit sind im Budget 2021 aktuell 8 Millionen Franken vorgesehen. Diese 8 Millionen Franken kommen Schweizer NGO und ihren Projekten und Kooperationen im Ausland zugute, die einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung auf der Welt und zur nachhaltigen Entwicklung gemäss den Zielen der Agenda 2030 leisten. Wir unterstützen damit Regionen in der Welt, die von der Covid-Pandemie ganz besonders betroffen sind. Damit nimmt die Stadt Zürich ihre globale Verantwortung wahr. Sie macht dies nicht auf Kosten des lokalen Gewerbes und der Städtzürcher Kleinbetriebe. Im Gegenteil: Der Gemeinderat hat in der letzten Budgetdebatte zur Minderung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zusätzliche Beiträge fürs Gewerbe und für die Nothilfe an Kleinunternehmen in der Höhe von 7 Millionen Franken gesprochen. Der Stadtrat beantragt Ihnen vor diesem Hintergrund die Ablehnung des Postulats.

Weitere Wortmeldungen:

Mathias Manz (SP): Seit mehr als anderthalb Jahren kämpft die Schweizer Wirtschaft mit den Folgen der Corona-Pandemie. Das Zürcher Wirtschaftsmonitoring schätzt die Lage für die nächste Zukunft zwar optimistisch ein, für das Gastgewerbe und die binnenorientierten Branchen hingegen bleiben die Aussichten düster. Nach wie vor entstehen in den Haushalten Einkommensverluste aufgrund von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Ebenfalls droht die Gefahr von Stellenabbau und Unternehmensinsolvenzen. Vor diesem Hintergrund schätze ich es, wenn die SVP mit ihrem Postulat ausnahmsweise ans Kleingewerbe denkt, anstatt sich einseitig dem Kampf um jeden Zentimeter Parkplatzraum zu widmen. Warum aber Entwicklungsgelder im Postulatstext erwähnt werden, verstehe ich nicht. Meine erste Vermutung war, dass es der SVP gar nicht um die Rettung des Gewerbes geht, sondern um versteckte Kürzungen der Entwicklungshilfe. Offenbar ist dies der Fall. Trotzdem möchte ich mich an die mündliche Aussage des



SVP-Sprechers anlässlich der Begründung zum Dringlichkeitsantrag im Juni 2020 halten, den Vorstoss wertefrei zu prüfen und dem Kleingewerbe zu helfen. Die SP-Fraktion hat den Vorstoss wertefrei geprüft, schliesslich setzen wir uns besonders zu Krisenzeiten der Corona-Pandemie konsequent für das Gewerbe ein. Wir beantragen deswegen eine Textänderung und streichen die Entwicklungshilfe aus dem Postulatstext, wohin sie aus unserer Sicht nicht gehört. Die Textänderung lautet wie folgt: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie kurz bis mittelfristig das Stadtzürcher Gewerbe finanziell unterstützt werden kann.» Der zweite Abschnitt bleibt unverändert bestehen. Beim dritten Abschnitt streichen wir den ersten Satz komplett. Der Nachfolgesatz bleibt bestehen. Mit dieser Textänderung geben wir den Postulanten die Chance, zu zeigen, dass es ihnen wirklich ernst ist mit ihrem Postulatstext: «Es geht lediglich darum die lokale Krise in der Stadt zu mindern». Im Bewusstsein, dass mit diesem Postulatstext keine grossen Themen angerissen werden, bin ich trotzdem davon überzeugt, dass die Stadtverwaltung etwas damit anfangen kann und die eine oder andere Idee hat. Falls die Textänderung nicht angenommen wird, werden wir das Postulat selbstverständlich ablehnen.

Pärparim Avdili (FDP): *Das Postulat macht den Anschein, dass es nicht dafür gestellt wurde, etwas zu erreichen, sondern um eine Diskussion zu führen. Samuel Balsiger (SVP) hat eine Diskussion über die grosse politische Lage der Entwicklungshilfe begonnen. Ich erachte es für wichtig, eine solche Diskussion zu führen. Wir von der FDP finden, dass Entwicklungshilfe und Entwicklungs- und Wirtschaftszusammenarbeit sehr wichtig sind. Die Frage ist, ob es richtig ist, dies durch die Stadt Zürich zu betreiben, nur hat die Stadtbevölkerung eine klare Haltung dazu, die Stadtpräsidentin hat es erwähnt. Wir haben uns daran zu halten. Selbstverständlich befinden wir uns in einer vor allem für die Wirtschaft ausserordentlichen Lage. Neben den gesundheitlichen Schäden sind sehr grosse Schäden im Kleingewerbe entstanden, weit über die Gastronomie hinaus. Dort braucht es viele, diverse Massnahmen auf verschiedenen Ebenen, wie zum Beispiel die «Drittelslösung» bei den Mieten, aber auch andere Direktzahlungen, die geleistet wurden. Ich persönlich hätte es für richtig befunden, wenn man mit der ZKB-Jubiläumsdividende verantwortungsvoller umgegangen wäre und das Geld beispielsweise zur Unterstützung oder Entlastung von Coronaschäden in verschiedenen Bereichen eingesetzt hätte. Formell ist es nicht möglich, das Geld herumschieben. Ich finde nicht, dass man eine solche Verbindung machen soll. Es hat etwas Populistisches, wenn die Kollegen links von uns ständig arm gegen reich ausspielen möchten und die SVP in diesem konkreten Fall auch Inland gegen Ausland zu politischen Zwecken ausspielen will. Wir von der FDP sind der Meinung, dass man im Budget 2022 nicht das Minimum budgetieren soll. Dies wäre beispielsweise eine Massnahme, mit der der Stadtrat von sich aus reagieren könnte, weil wir in einem schwierigen Coronajahr stecken und in Zeiten leben, die auch finanzpolitisch nicht einfach sind. Wir lehnen das Postulat ab. Die Textänderung haben wir nicht mitbekommen, weswegen wir noch nicht darauf reagieren konnten. Wir warten die Entscheidung der SVP ab und werden uns kurz beraten.*

Dr. Michael Graff (AL): *Es spricht nichts dagegen, sich über das Kleingewerbe in der Stadt Zürich, das von der Coronakrise und den wirtschaftlichen Folgen betroffen ist, Gedanken zu machen. Die Verbindung mit einem Seitenhieb gegen die Entwicklungshilfe*



macht das Ganze in meinen Augen höchst unappetitlich. Ich wollte mich gar nicht äussern, aber die Polemik des Kollegen Samuel Balsiger (SVP) möchte ich so nicht stehen lassen. Ich beschäftige mich seit Jahrzehnten im akademischen Milieu mit der Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe. Es gibt sehr differenzierte Ansätze, wo die Entwicklungshilfe förderlich ist und wo sie korrupte Strukturen fördert. Die Praxis ist sehr ausgewogen, es gibt ständig neue Erkenntnisse. Zu behaupten, dass Afrika im Gegensatz zum Zürcher Kleingewerbe korrupt sei und man darum kein Geld hinschicken möchte, ist billige Polemik. Einen Afrikaner als Kronzeugen zu zitieren, setzt dem Ganzen die Spitze auf und ich möchte das kurz demontieren. Ich bin eingebürgerter Zürcher Wirtschaftswissenschaftler. Wenn ich behaupten würde, das Zürcher Kleingewerbe sei korrupt und man möge da kein Geld geben, würden Sie mich nicht ernst nehmen, ebenso wie Sie die Polemik von Samuel Balsiger (SVP) nicht ernst nehmen sollten. Wenn ich Ihnen aber verspreche, dass ich bis zur nächsten Woche einen Kronzeugen herbringe, der waschechter Zürcher oder waschechte Zürcherin ist, Dialekt spricht und in der Freizeit Alphornkonzerte gibt, und sich hinstellt und sagt: «Geben Sie dem Zürcher Kleingewerbe kein Geld, das ist alles korrupt» – glauben Sie dem? Ich denke, wir sollten nicht auf solchen Ebenen polemisieren und ich möchte den Kollegen Balsiger bitten, falls er dies wirklich ernst gemeint hat, sich differenzierter zu informieren, was gute und was schlechte Entwicklungshilfe ist.

Samuel Balsiger (SVP): *Der AL-Sprecher mit weisser Hautfarbe hat soeben erklärt, was er als Europäer aus der reichen Stadt Zürich für Afrika für richtig hält und wie es dort ablaufen muss. Die Worte, die ich genannt habe, kamen nicht von mir. Ich habe James Shikwati zitiert. Wörtlich sagt er: «Die Menschen in Afrika ringen um dieses Geld und das schafft ein Umfeld, in dem Korruption und Diebstahl gedeiht. Wo bekommen die so genannten grossen Führer in Afrika die Tausenden und Millionen von Dollar her, die sie stehlen und ins Ausland bringen?» Das sagt James Shikwati als ansässiger Afrikaner, der sich in Afrika auskennt. Aber der AL-Sprecher aus dem reichen Zürich mit weisser Hautfarbe weiss natürlich vor seinem imperialistischen Hintergrund besser, was in Afrika ablaufen muss und wie es dort aussieht. Schön, dass die Stadtpräsidentin gesagt hat, dass das Geld in korrupte Strukturen fliesse. Die Stadtpräsidentin, ebenfalls eine weisse Frau aus dem reichen Zürich sagt, es sei eine Volksabstimmung, in der die Bevölkerung entschieden hat, wie es in Afrika ablaufen soll. Aus ihrem Denken heraus müsste dies einen Empörungsschrei geben, dass weisse Menschen aus dem reichen Zürich sich über das Wohl der Afrikaner stellen. Wo ist die Erfolgskontrolle? STP Corine Mauch sagte weiter, es sei ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Armut. Wo ist der wichtige Beitrag und wo ist die Erfolgskontrolle? Wenn ich die Stadtpräsidentin auffordere, erneut nach vorne zu treten und genau zu sagen, was mit dem Geld gemacht wurde, wo es hinfloss und wie es die Armut nachhaltig bekämpft hat, bin ich sicher, dass sie dies nicht kann und nicht nach vorne treten wird. Schön wäre es, wenn sie den leeren Worten auch einen Inhalt nachliefern würde. Hören Sie nicht auf mich, hören Sie nicht auf Andere im reichen Zürich. Hören Sie auf Leute, die direkt betroffen sind und hören Sie auf Afrikaner. Schauen Sie, was in den letzten Jahren in Afrika geschehen ist und wo der Kontinent mit seiner wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung steht. Südkorea und Nordkorea sind ein gutes Beispiel. Beide Länder kommen aus einem Bürgerkrieg, zum gleichen Zeitpunkt hat Südkorea den kapitalistisch-rechten Weg*



und Nordkorea den sozialistisch-linken Weg eingeschlagen. Wo stehen die Länder? Südkorea ist eine blühende Demokratie, ein super erfolgreicher Staat, der den Bürgern Wohlstand bietet und etwas erreicht hat. Nordkorea steht wo? Es kommt darauf an, welche Ideologie hinter einem Staat steht. Wenn Sie Afrika helfen wollen, müssen Sie dafür sorgen, dass die rechte, kapitalistische Ideologie Vorschub erhält und man den Leuten helfen kann, um sie aus der Armut zu bringen.

Stefan Urech (SVP): *Ich möchte zwei Voten nicht unkommentiert lassen. Der Sprecher der FDP sagte, wir spielen mit diesem Vorstoss Ausländer gegen Schweizer aus. Dies finde ich speziell, denn schlussendlich geht es um die Stadtzürcher Bevölkerung und ich möchte die FDP daran erinnern, dass 30 Prozent davon Ausländer sind. Um diese geht es auch, die sind ebenfalls Teil unseres Wirtschaftssystems. Nun zum Professor Dr. Michael Graff (AL): Er hat uns vorgeworfen, dass wir als einfache Leute, die nicht studiert und keinen Hochschulabschluss haben, die Komplexität dieses Themas nicht verstehen und darum auf billige Polemik zurückgreifen müssen. Es mag sein, dass wir nicht so viele Studierende und Hochschulabsolventen haben, wie Sie auf der anderen Seite. Wofür man aber keinen Hochschulabschluss benötigt, ist etwas Einfaches zu sehen: Länder wie Haiti haben über Jahrzehnte Millionen um Millionen um Millionen Franken an Entwicklungsgeldern erhalten und sind heute schlechter dran als davor. In Afrika gilt dasselbe. Es gibt nicht nur den Wissenschaftler, den Samuel Balsiger (SVP) erwähnt hat; Sie können viele ähnliche Beispiele lesen, vom Diplomaten Volker Seitz zum Beispiel. Er sagt, Entwicklungsgelder, die nicht an ganz klare Bedingungen geknüpft sind, bringen nichts. Um dies zu verstehen, brauchen Sie keinen Hochschulabschluss. Deswegen ist dieses Postulat sinnvoll.*

Urs Riklin (Grüne): *Ich kann den ideologisch, manchmal schwarz-weiss denkenden Menschen namens Samuel Balsiger (SVP) beruhigen. Ich höre ihm tatsächlich nicht zu und höre bei solchen Voten auf meine innere Stimme, die sich heute in einem leichten Überflug zu fragen begann, wie lange es geht, bis man während Badeferien auf Sansibar einen Sonnenbrand erhält und danach einen Vorstoss schreibt. Die Grüne Fraktion findet es richtig, dass man sich Gedanken darüber macht, wie man regionale und lokale Wirtschaftskreisläufe stärken kann. Wir finden es aber nicht richtig, wenn man die regionale Wirtschaftsunterstützung gegen die internationale Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe ausspielt. Bei der internationalen Zusammenarbeit und bei der Entwicklungshilfe geht es einerseits um Solidarität und andererseits um Verantwortung. Wir siedeln mit Standortförderung, Wirtschafts- und Steuerpolitik Firmen an, die vom Raubrittertum steuertechnisch betrachtet nicht mehr so weit entfernt sind. Sie erbringen in anderen Ländern wirtschaftliche Leistungen, zügeln die Gewinne ab und versteuern diese in der Schweiz zu einem sehr tiefen Steuersatz. Hier stehen wir als Stadt Zürich in einer starken Verantwortung, weil wir doch einige Firmen haben, die global im Finanzsektor tätig sind und sich dieser Praxis bedienen. Wir unterstützen die Textänderung der SP nicht. Wir finden es falsch, ein schräges Postulat mit einem Würgegriff zu retten wollen. Es ist besser, wenn man einen klugen Vorstoss gut aufbaut und ihn so einbringt.*



6 / 6

Samuel Balsiger (SVP): *Wir haben kein Problem damit, dass es der Stadt Zürich gut geht, dass wir Sicherheit und Standortvorteile bieten. Weil unser Denken stimmt, kommen Firmen zu uns. Wir sind stolz, dass die bürgerliche Schweiz so erfolgreich ist. Genau dasselbe müsste man auch in Afrika tun. Dann wären die Afrikaner auf ihren Fortschritt genauso stolz. Nebenbei steigt Afrika in den letzten Jahren auf, aber nicht mit Entwicklungshilfe, sondern aus anderen Gründen. Wir lehnen die Textänderung ab und bleiben dabei, dass es falsch ist, dass Sie als Gemeinderäte in der Stadt Zürich mit weisser Hautfarbe entscheiden, was in Afrika richtig und was falsch sein soll.*

Das Postulat wird mit 17 gegen 97 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat